

(Deutsche Fassung)

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-001852/19**  
**an die Kommission**  
**Monika Vana (Verts/ALE)**  
(16. April 2019)

*Betrifft:* Bewertung der Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU

Die Aufnahme-Richtlinie 2013/33/EU sieht in Artikel 15 vor, dass es im Fall einer Überschreitung der Verfahrensdauer von 9 Monaten bei Asylanträgen zu einem effektiven Zugang der Antragsteller zum Arbeitsmarkt kommen muss. Österreich erhält nach wie vor ein fast vollständiges Arbeitsverbot für Asylwerbende aufrecht. Die einzigen Erwerbsmöglichkeiten sind kontingentierte Saisonarbeit in Fremdenverkehr und Landwirtschaft, geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten und unternehmerische Tätigkeit.

In Beantwortung der Anfrage E-003803-18 wurde am 8. Oktober 2018 in E-003803/2018(ASW) mitgeteilt, die Kommission führe eine Konformitätsbewertung der Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten durch, einschließlich der Umsetzung der Richtlinie durch Österreich.

Ist diese Konformitätsbewertung bereits abgeschlossen?

Wenn ja, zu welchem Ergebnis gelangt sie — allgemein und insbesondere in Bezug auf Österreich?

Wenn nein, wie ist der Stand der Durchführung, und bis wann ist mit dem Abschluss zu rechnen?

**Antwort von Herrn Avramopoulos im Namen der Europäischen Kommission**  
(5. Juli 2019)

Artikel 15 der Richtlinie über Aufnahmebedingungen (Richtlinie 2013/33/EU) gewährt Asylbewerbern, wenn keine Entscheidung über den Antrag erfolgt ist und diese Verzögerung nicht dem Antragsteller zur Last gelegt werden kann, spätestens neun Monate nach ihrem Asylantrag Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Mitgliedstaaten dürfen wohl den Zugang zum Arbeitsmarkt an spezifische Modalitäten und Bedingungen knüpfen und bei der Besetzung freier Stellen mithilfe von Arbeitsmarkttests entscheiden, ob sie den eigenen Staatsangehörigen bzw. Unionsbürgern Vorrang einräumen; den effektiven Zugang zum Arbeitsmarkt aber müssen sie stets gewährleisten.

Wie sie es in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage E-003803/2018 erklärt, unterwirft die Kommission die Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinie 2013/33/EU in nationales Recht durch die Mitgliedstaaten jeweils Bewertungen. Dabei stützt sie sich auf eine von einem externen Auftragnehmer durchgeführte Studie. Da Inhalte dieser Umsetzungsstudie für laufende und möglicherweise auch künftige Vertragsverletzungsverfahren verwendet werden können, ist vorerst weder eine Veröffentlichung noch eine Offenlegung von Informationen über bestimmte Länder vorgesehen.

---